Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auererzgebirge. Fernsprecher 53.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 247 | Mittwoch, den 23. Oktober 1918 | 13. Jahrgang

Der Reichskanzler über Krieg, Frieden und innere Reformen.

Die Aussprache im Reichstage. — Die Neuordnung in Sachsen: Die Sächsischen Konservativen für das gleiche Wahlrecht. — Die Beschlüsse der Deutschen in Oesterreich.

Die Reichstagssitzung vom Dienstag.

Die Rede des Reichskanzlers.

Am Bundesratstisch Reichskanzler Prinz Max von Baden, von Payer, Dr. Solf, Graf Rödern, Rudlin, Haußmann, Trimborn, Gröber, Erzberger, Scheuch, Ritter von Mann, Scheidemann, Bauer, Havenstein, von Langermann; Schiffer, Wahnschaffe, Dr. von Krause: in der Hofloge Dr. von Delbrück, von Müller (Chef des Zivil- und des Marinekabinetts).

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Minuten. Der Kaiserin ist ein Glückwunsch des Hauses zum heutigen Geburtstag zugegangen. Das Andenken des verstorbenen Abg. Dr. Grabski (Pole) wird durch Erheben von den Sitzen geehrt.

Der Gesetzentwurf über die Ermächtigung des Bundesrates zu wirtschaftlichen Maßnahmen für die Uebergangswirtschaft wird auf Antrag des Abg. Dove (fortschr. V.) an die Kommission für Handel und Gewerbe verwiesen.

Darauf wendet sich das Haus der ersten Beratung der Gesetzentwürfe zur

Abänderung der Reichsverfassung

zu. Mit der Beratung über die Entwürfe wird die allgemeine Erörterung der politischen Lage verbunden.

Reichskanzler Prinz Max von Baden.

Seitdem ich zum ersten Male zu Ihnen sprach, sind in Verfolgung der Friedensaktion, welche die Regierung bei ihrem Amtsantritt einleitete, weitere Schritte von beiden Seiten getan worden. Das ganze deutsche Volk wartet darauf, zu hören, welche Aussichten die Regierung für das Gelingen des Friedenswerkes zu sehen glaubt. Sie werden verstehen, wenn ich mich hierüber nur mit der größten Zurückhaltung äußern kann. Die letzte Note des Präsidenten Wilson hat noch keine Klarheit gebracht. Vielleicht wird die neue Antwort des Präsidenten die endgültige Gewißheit bringen. Bis dahin müssen wir uns auf die beiden Möglichkeiten rüsten: Erstens darauf, daß die feindlichen Regierungen den Krieg wollen, und daß uns keine andere Wahl bleibt, als uns zur Wehr zu setzen mit der ganzen Kraft eines Volkes, das man zum Aeußersten treibt. Wenn diese Notwendigkeit eintritt, so hege ich keinen Zweifel, daß die deutsche Regierung im Namen des deutschen Volkes zur nationalen Verteidigung aufrufen darf, wie sie im Namen des deutschen Volkes sprechen durfte, als sie für den Frieden handelnd eingriff. (Beifall.) Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens gestellt hat, der hat zugleich die Pflicht übernommen, sich nicht kampflos einem Gewaltfrieden zu beugen (Beifall). Eine Regierung, die hierfür kein Empfinden hätte, wäre der Verachtung des kämpfenden und arbeitenden Volkes preisgegeben und würde vom Zorne der öffentlichen Meinung weggefegt. (Lebhafte Zustimmung.)

Aber wir müssen nun auch die zweite Möglichkeit in ihrer ganzen Tragweite ins Auge fassen. Das deutsche Volk hat ein Recht, zu fragen, was ein Frieden auf der Basis der Wilsonschen Bedingungen für sein Leben und für seine Zukunft bedeutet. Es ist ein Entschluß von gewaltiger Tragweite. Die Sätze, die wir als für uns maßgebend angenommen haben, berühren auch Probleme innerhalb des Reichsgebietes. Es ist von allen Seiten gesagt worden, daß die Annahme dieser Bedingungen die Unterwerfung unter ein feindliches Tribunal bedeuten würde. Wenn dem so wäre, warum scheuen dann gerade die extremen Machtpolitiker der Entente das Verhandlungszimmer wie der Schuldige das Gericht? Der Kernpunkt des ganzen Wilsonschen Programms ist der Völkerbund. Er kann garnicht zustandekommen, wenn nicht sämtliche Völker zur nationalen Selbstüberwindung sich aufraffen. Die Realisierung der Rechtsgemeinschaft verlangt das Aufgeben eines Teiles der unbedingten Selbständigkeit, die bisher das Zeichen der Staatshoheit war, von uns wie von den anderen. (Zustimmung.) Wenn wir eingesehen haben, daß der Sinn dieses furchtbaren Krieges vor allem der Sieg der Rechtsidee ist, und wenn wir uns dieser Idee freiwillig unterwerfen, so finden wir darin ein Heilmittel für die Wunden der Gegenwart und eine Aufgabe für die Kräfte der Zukunft. (Sehr richtig.) Sind einmal diese Menschheitsziele unser, so wird uns die Mitarbeit der Nationen zu der großen befreienden Aufgabe. Gewiß sind noch gewaltige Widerstände zu überwinden, ehe der Gedanke Wirklichkeit werden kann. Aber mögen uns die nächsten Tage oder Wochen zu weiterem Kampf aufrufen oder möge sich der Weg zum Frieden öffnen, darüber kann kein Zweifel sein, daß wir den Aufgaben des Krieges oder des Friedens nur gewachsen sein werden durch die Durchführung des Reichsprogramms und die entschiedene Abkehr vom alten System. (Lebhafte Zustimmung links.)

Nun wandte sich der Reichskanzler den Fragen der inneren Politik zu. Er erörterte die Wahlrechtsreform in Preußen, wo die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts nunmehr gesichert sei (Beifall), ferner die beiden dem Hause zur Beschlußfassung vorliegenden Verfassungsänderungen. Im Zusammenhang damit stehen die Vorarbeiten für den rechtlichen Aufbau der politischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, die durch die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes zu sichern wäre. Der Reichskanzler hofft, dem Reichstag das Ergebnis der Vorarbeiten hierzu bald vorlegen zu können. Das neue System der Reichsregierung hat eine neue Regierungsweise in den Reichslanden zur natürlichen Folge gehabt. Die Statthalterschaft in Elsaß-Lothringen hat ein Elsässer übernommen, ein Elsässer ist sein Staatssekretär geworden. In die Landesregierung sollen weitere führende Männer aus der Zweiten Kammer des Landtages eintreten. Die geplante Aenderung des Artikels 11 der Reichsverfassung enthält die zwingende Festlegung zu dem Grundgedanken der neuen Regierungsart. Der Reichstag soll über Krieg und Frieden ein volles Mitbestimmungsrecht erhalten. (Beifall.) Darin liegt eine Gewähr für die friedliche Weiterentwicklung des Reiches und seiner Beziehungen zu den anderen Mächten. Auch zu einer Erweiterung der Vollrechte auf die Bündnisverträge wird die Reichsregierung gern die Hand bieten, wenn der Völkerbund praktische Gestalt gewinnt. Die volle Weiterentwicklung der staatsbürgerlichen Freiheit wird erst der Frieden bringen. Die außerordentlichen Vollmachten der Kriegszeit sind noch nicht entbehrlich, sie können aber jetzt nur noch im Einverständnis mit dem Reichskanzler ausgeübt werden, der dem Reichstag verantwortlich ist. Die angekündigten Anordnungen Seiner Majestät des Kaisers sind inzwischen ergangen. Ferner ist eine weitgehende Amnestie angeregt und in Ausführung. Wenn der Reichstag den Vorlagen beipflichtet, die auf der Tagesordnung stehen, so wird die Volksregierung in den Reichsgesetzen fest verankert sein. Ich weiß, daß die innerpolitische Ernte der denkwürdigen drei Oktoberwochen im Reichstag sehr verschiedene Stimmungen auslöst. Beide Stimmungen mögen ihren Ausdruck finden, das ist das Recht und die Aufgabe der Opposition, die wir gerade für die Unabhängigkeit des Parlamentes brauchen. Wer frei von der Verantwortung ist, der ist frei in der Kritik. Das deutsche Volk sitzt seit langem im Sattel, nun soll es reiten. Es hatte schon längst eine Reihe von Rechten, um die es mancher Nachbar beneidete. Die deutsche Selbstverwaltung war mustergültig, das Reichstagswahlrecht das freieste der Welt. Aber das deutsche Volk hatte in den entscheidenden Punkten von seiner Macht keinen Gebrauch gemacht. Wem eine Meistergeige geschenkt wird, der ist deshalb noch kein Meister des Geigenspiels. Das deutsche Volk hatte sein Instrument nicht mit voller Kraft zu spielen unternommen, weil es die tüchtigen eingesetzten Gewalten gern gewähren ließ. Nicht die Willkür der eingesetzten Gewalten, sondern der Mangel an politischem Machtwillen im Volke erhielt Deutschland so lange als Obrigkeitsstaat. Seit dem Jahre 1917 ist der Entschluß zur politischen Verantwortung gereift. Eine entscheidende Wendung in der Charakterentwicklung des deutschen Volkes, die nach allen Leistungen und Opfern dieses Krieges unausbleiblich geworden ist, hat sich vollzogen. Darin liegt eine bessere Garantie als in allen Gesetzesparagraphen, darin liegt der Stempel der Unwiderruflichkeit des neuen Systems. Es liegen noch Schätze in der Tiefe unseres Volkes, die nur die neue Freiheit heben kann. (Beifall.) Die Stunden im Leben der deutschen Nation, die sie niederzuschlagen schienen, sind noch immer die Geburtsstunden einer neuen geistigen Kraft gewesen. (Beifall.)

Aber um unsere Eigenart ruhig zu entwickeln, müssen wir unser Hausrecht wahren können. An unseren Toren steht der Feind. Unser erster und letzter Gedanke gehört den Kämpfern, die sie gegen die Uebermacht verteidigen, und die man nicht beleidigen kann, ohne unser Volk an der Ehre zu treffen. (Beifall.) Unsere Soldaten haben es heute furchtbar schwer, und doch halten sie stand. Wir danken ihnen, wir vertrauen ihnen, wir rufen ihnen zu: Die Heimat läßt euch nicht im Stich, was ihr braucht, und was sie hergeben kann an Menschen, an Mitteln und an Mut, das soll euch werden. (Lebhafter Beifall.)

Die Aussprache.

Abg. Herold (Ztr.): Wir stimmen den bedeutsamen Ausführungen des Reichskanzlers vollkommen zu. Das deutsche Volk hat seine Geschicke selbst in die Hand genommen. Die neue Regierung ist das ausführende Organ des Volkswillens. Mit Entrüstung weisen wir den Vorwurf unmenschlicher Handlungen, welcher gegen unsere Heere gerichtet wird, zurück. Verwüstungen entsprechen nicht dem deutschen Charakter und deutscher Sitte. (Bravo!)

Abg. Ebert (Soz.): Wir billigen die Antwort der Regierung auf Wilsons Gegenfragen. Den uneingeschränkten U-Bootkrieg haben wir von jeher bekämpft. Das Recht der Selbstbestimmung wird das deutsche Volk sich nie wieder entwinden lassen. Der 5. Okt. ist der Geburtstag der deutschen Demokratie. Das deutsche Volk will und wird frei sein. (Sehr gut!) Die Gesetzentwürfe auf Abänderung der Reichsverfassung gehen nicht weit genug. Der Reichstag muß bei Ernennung und Verabschiedung des Reichskanzlers mitzusprechen haben, erst dann ist die parlamentarische Regierungsform gesichert. Die absolutistische Stellung des Großen Generalstabes ist nicht mehr haltbar. Auch für das persönliche Regiment ist in Deutschland kein Raum mehr. Nur Freiheit kann uns die vom Kriege geschlagenen Wunden heilen. Deutschland muß frei werden oder untergehen. Die unheilvollen Schäden der Militärpolitik müssen beseitigt werden. Die Frauen müssen politische Rechte erhalten. Wir bekennen uns genau wie am 4. Oktober 1914 zur Landesverteidigung, so lange es nottut. Wollen die Gegner uns knechten, so rufen wir ihnen zu. Jede Knechtschaft hat ein Ende. (Bravo!)

Abg. Naumann (fortschr. Volksp.): Unser Dank und Gruß gilt unserem Heer, das gerade jetzt besonders große Leistungen vollbringt. Während sie draußen Helden erster Klasse waren, galten sie daheim bisher noch als Staatsbürger dritter Klasse. Jetzt will der Reichskanzler die Nation nicht blind zum Verhandlungstische führen. Auch mit dem alten Grundsatz des blinden Vertrauens soll also gebrochen werden. Die deutsche Regierung hatte in diesem Kriege der Einheitlichkeit entbehrt und dadurch das deutsche Volk in den Ruf der Unehrlichkeit gebracht; aber unehrlich war es nicht, nur unorganisiert. Auch in der Regierung kämpften stets zwei Richtungen gegeneinander, Bethmann-Hollweg und Tirpitz. Der Zusammenbruch des alten Systems ist da. Die neue Zeit müssen wir beginnen mit dem Ausbau der Stellung des Reichskanzlers, namentlich seiner Verantwortlichkeit.

Abg. Dr. Stresemann (natl.): Der Friedensschritt der Regierung wird von uns gebilligt. Unser Heer leistet in diesem Augenblick, wo es nicht zu siegen vermag, Unmenschliches. Das Blut, das noch weiter vergossen werden muß, kommt nicht auf unser Haupt. Von einem Verrat Bulgariens möchte ich nicht sprechen. Die Geschichte wird zeigen, inwieweit der Friede von Bukarest da mitspricht. In Oesterreich ist der Prozeß noch nicht abgeschlossen. Deutsch-Oesterreich war stets ein sicherer Hort deutschen Empfindens und wird es bleiben, und Ungarn wird niemals eine Tat der Untreue gegen Deutschland begehen. Wir haben an einen deutschen Sieg geglaubt und schämen uns dessen nicht. Nach den beispiellosen Erfolgen unserer Truppen hatten wir ein Recht dazu. Bittere Empfindungen müssen in uns aufsteigen, wenn wir jetzt hören, was wir an Schaffung von Tanks und U-Booten hätten leisten können, und daß nicht alle Kräfte ausgenutzt wurden. (Sehr richtig!) Zusammengebrochen ist das gesamte System der Geheimräterei. Wir sind und bleiben Monarchisten, wir sind aber überzeugt, daß Monarchie am besten zu nutzen, wenn wir an der Neuordnung der Dinge tatkräftig mitarbeiten. Wenn das Geschick unseren Untergang beschlossen hat, so kann es nur so sein, daß wir vor der Geschichte bestehen können. (Beifall.)

Abg. Graf Westarp (kons.): Wir sehen in der neuen Entwicklung nicht einen Fortschritt, sondern eine verhängnisvolle Wendung. Die Regierung wird lediglich ein